

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

208 (2.8.1920) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für den Inhalt: Hermann v. Sack. Verantwortlich für den Inhalt: Martin Solinger. Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Gerhardt. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Joho und Hermann Weid. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H. in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Geinrich, Friedenau, Brechtstraße 63/64. Telefon-Nr. 148. Umland 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 208.

Montag, den 2. August 1920

Erstes Blatt

Verflechtung von Reichsmitteln im besetzten Gebiet.

Dem Ergänzungsetat, der soeben dem Reichstag vorgelegt ist, liegt eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den notwendigen Ausbau der Reichsvermögensverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet bei. Sie enthält furchtbare Schilderungen des Elends, unter dem das besetzte Rheinland, seine Bewohner und seine Stadtverwaltungen zu leiden haben. Hier nur einige Beispiele aus dieser antiken Denkschrift: Vielfach sind gerade die hochwertigsten Gebäude (Bürohäuser usw.) in den verkehrsreichsten Stadtteilen, sowie die teuersten Hotels für Zwecke der Besatzungstruppen beschlagnahmt worden, ohne Rücksicht darauf, ob sich nicht auch auf weniger kostspielige Weise die Bedürfnisse der Truppen hätten befriedigen lassen. Offiziersmessien sind in einem für deutsche Begriffe unverständlichem Umfang in Hotels und Privathäusern untergebracht. Sie müssen aus diesen herausgenommen und in fiskalische Gebäude, die zu errichten sein werden, verlegt werden, wenn die Entschädigungsansprüche der Betroffenen, der stillgelegten Hotels, der aus ihren Wohnungen entfernten Einwohner in das Unangenehme wachen und vor allem die Geschädigten an der Hilfe des Reichs, an seinem guten Willen oder auch seinem Können verzweifeln sollen.

Ein viel traurigeres Kapitel aber bedeutet in der überaus ersten Unterbringungsangelegenheit die Einquartierung der Beamten- und Offiziersfamilien der Besatzungstruppen. In seiner Gariboldi ist ein deutscher Staatsangehöriger mehr davor sicher, das nicht eines Tages eine Offiziersfamilie die Wohnung so gut wie ganz für sich fordert und die Bewohner in wenige Räume verdrängt, indem sie zugleich die sämtlichen Einrichtungsgegenstände, Möbel, Zimmermöbeln, Kleider, Porzellan, Kristall, Silber, Wäsche, ferner alles, was sich in dem Hause befindet, für sich in Anspruch nimmt. Es ist vorgekommen, daß ein hochangesehener deutscher Bürger, der einige Stücke aus der beschlagnahmten Wohnung für sich mitgenommen hat, mit harter Freiheitsstrafe belegt worden ist. Ein Fall ist bekannt geworden, und man kann wohl annehmen, daß er nicht vereinzelt ist, daß sich eine Offiziersfamilie in einem Wort einquartiert, aber ihr erstes Quartier in der Hinnenkloster behalten hat, um dort gelegentlich absteigen zu können. Für beide Wohnungen muß das Reich die Kosten tragen.

Für die Unterbringung der Präfidenten der Rheinlandkommission verlangt der Eigentümer der von diesem in Anspruch genommenen Wohnung eine jährliche Entschädigung von 168 000 M., entsprechend dem Werte der Wohnung. Noch höher wird der Betrag sein, der für die Unterbringung des kommandierenden Generals in Rheinfelden a. S. zu zahlen sein wird, da auch dieser Offizier eine Villa für sich in Anspruch genommen hat, deren Wert auf mehrere Millionen Mark beläuft. In Mainz sind dem Vernehmen nach für die Herrichtung eines Großherzoglichen Schlosses für den Oberbefehlshaber und zwei Wohnungen für Administratoren dreizehn Millionen Mark vorausgesehen worden. Die Kosten, die durch die Herrichtung von Kasernen entstehen, sind ganz ungeheuer und für die Begriffe deutscher Verwaltungsbehörden vollkommen unfassbar.

Bisher wenden sich die Besatzungstruppen mit ihren Forderungen immer wieder an die Städte, und diese sind meistens schlechterdings außerstande, ihnen ernsthaft Widerstand zu leisten. Sie können zwar Einspruch erheben, aber es fehlt die Möglichkeit, diese Proteste weiter als bis zum Reichskommissar und durch diesen bis zum internationalen Rheinlandschlichtungsausschuß zu leiten. Die städtischen Behörden aber konnten dem Drängen der Besatzungstruppen kaum einen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen, ohne daß die Leiter der städtischen Verwaltungen der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, mit Freiheitsstrafen belegt oder ausgewiesen zu werden. Es ist aber nicht anzunehmen und in der Praxis auch nicht durchführbar, dieses von ihnen zu verlangen; wo sich die Bürgermeister trotzdem der Ausweisung ausgesetzt haben und wo diese erfolgt ist, hat es niemals im Interesse der Städte gelegen.

Die Denkschrift betont weiter die Notwendigkeit, dahin zu wirken, daß von den fremden Staaten selbst ein Druck auf ihre Besatzungsbehörden und -truppen in der Richtung ausgeübt wird, ihre Ansprüche im Rahmen des Friedensvertrages und Abwehrländabkommens zu halten. Dann steht zu hoffen, daß die Requisitionen nach und nach in Fortfall kommen und die Besatzungsbehörden und -truppen ihren Bedarf durch Anforderung bei den ausländischen Stellen der Reichsvermögensverwaltung zu befriedigen suchen werden. Dann würden auch Fälle, in denen a. B. für einen Leutnant ein Pferdertypus im Wert von vielen tausend Mark requiriert worden, oder praktische Mägen mit ihrer gesamten Einrichtung, darunter allem Silbergeschirr, Kristall usw., von den fremden Behörden auf Kosten des Reichs in Anspruch genommen sind, nur noch selten vorkommen oder sich ganz vermeiden lassen, während sie jetzt an der Tagesordnung sind. Gerade die Beschlagnahme wertvoller Villen verursacht dem Reich besonders hohe Kosten, weil die Eigentümer mit Rücksicht auf die erfahrungsgemäß sehr starke Abnutzung und Beschädigung der kostbaren Einrichtung durch die Einquartierung eine außerordentlich hohe

Miete oder aber wegen der zu erwartenden langen Dauer der Inanspruchnahme die sofortige käufliche Uebernahme durch das Reich verlangen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Besatzungsbehörden neuerdings die Forderung von Pferden verlangt haben unter der Drohung, andernfalls im Wege der Requisition vorgehen zu wollen. Von welcher vernichtender Wirkung die Verdrängung von Pferden für das Wirtschaftsleben sein würde, erhellt ohne weiteres daraus, daß dieses erst kürzlich durch die Wiedereinziehung der Feinerzeit von den Einwohnern gekauft

ten Deutepferde einen schweren Schlag erlitten hat. Daß aber andererseits ein freier Marktauftrieb die Besatzungsbehörden dem Reich unerhörte Kosten verursachen würde, mag daraus entnommen werden, daß schon jetzt für Reitpferde mittlerer Güte 15-20 000 Mark gefordert werden. In welcher ungläubiger Weise bei dem bisherigen von den Besatzungsbehörden geübten Verdrängungsverfahren die Reichsmittel verbleibend werden, beweist der Umstand, daß in zwei hier bekannt gewordenen Fällen die Franzosen französischer Generale zur Ergänzung

der Ausstattung der Wohnungen, in denen ihre Ehemänner einquartiert waren, zu Kosten der Städte, also mittelbar auf Kosten des Reichs, für je 200 000 Mark Möbel und Einrichtungsgegenstände selbständige Beschaffung haben.

In einem anderen Fall hat ein französischer General bei seiner Verlegung aus Erier Einrichtungsgegenstände im Werte von 100 000 Mark, welche die Stadt für ihn hatte besorgen müssen, mitgenommen. Der Widerspruch der Stadt war erfolglos. Wo die Möbel geblieben sind, ist nicht bekannt.

Eine Besserung dieser furchtbaren Zustände hofft das Reichsfinanzministerium durch den Ausbau der Reichsvermögensverwaltung erreichen zu können.

Der russisch-polnische Krieg.

Schutz unserer Grenze!

M. Berlin, 1. Aug. Wie erinnertlich wurde dem Präfidenten der Friedenskonferenz in Paris am 21. Juli eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung um Zustimmung zu den zur Wahrung der Neutralität an der Dnaregion erforderlichen Maßnahmen gebeten hatte. Unter anderem war gebeten worden, zu gestatten, daß zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenze die erforderlichen Truppen durch die Abtunungsgebiete von Allenstein ein und Marienwerder geschickt werden könnten. Nach Meldungen aus dem Osten zeigen sich die interalliierten Truppen in den Abtunungsgebieten von der Grenze aus zu rück. Gegenwärtig ist die Lage die, daß an der Grenze der deutschen Abtunungsgebiete keine genügende Wehrmacht steht, um Zwischenfälle zu verhindern. Eine auf deutsches Gebiet übergetretene polnische Truppenabteilung wurde von der Sicherheitspolizei entwaffnet. Mit Rücksicht auf die zunehmenden Schwierigkeiten wurde jetzt von der deutschen Regierung in Paris die Bitte ausgesprochen, die Antwort auf unsere Note zu beschleunigen. Die Militärbehörden in den Grenzgebieten wurden angewiesen, je nach der Lage und den Umständen zu verfahren. Das Uebertreten weiterer polnischer Truppen und ihr Aufenthalt im Osten kann zu unerwünschten Folgen führen. Die Entente wurde deshalb gebeten, für den Abtransport der übergetretenen Polen nach dem Inneren von Deutschland Schiffsraum zur Verfügung zu stellen.

Weigerung der polnischen Eisenbahnerverbände.

Danzig, 1. Aug. Die polnischen Eisenbahnerverbände weigern sich, irgendwelche Lebensmittel nach Danzig zu befördern, solange die Danziger Hafenarbeiter nicht die polnischen Munitionstransporte entladen. Die Ernährungsfrage der Danziger wurde dadurch aufs äußerste gefährdet.

Polen in der Klemme.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Berlin, 2. Aug. Der Gesandte in Warschau, Graf Oberndorf, der sich mehrere Tage zu Besprechungen in Berlin aufgehalten hatte, kehrte gestern nach Warschau zurück.

Nach einer Meldung aus Warschau ist in Warschau selbst von russischen Waffenstillstandsbedingungen noch nichts bekannt geworden, obwohl die polnischen Unterhändler bereits zwei Tage an der russischen Front weilten.

Der neue polnische Generalstabschef Rozwadowski äußerte sich gestern in einer Pressekonferenz, die Lage sei ernst und dürfe nicht verheimlicht werden; man müsse sich auf weitere Kämpfe bis aufs äußerste gefaßt machen. Die polnische Heeresleitung habe jedoch eine Situation geschaffen, die es ermöglichen werde, den feindlichen Anprall nun abzufangen, der darin strebe, noch vor dem Waffenstillstandsabschluss in den Besitz der ganzen Buglinie zu gelangen. Gleichzeitig wurden die Bedingungen mitgeteilt, die die polnischen Unterhändler für den Waffenstillstand mitkommen haben: Unabhängigkeit des polnischen States, Ablehnung jeder etwaigen Entwaffnung und Feststellung einer Demarkationslinie.

Ein aufgefangener russischer Funkpruch.

Paris, 1. Aug. Die Pariser Morgenblätter berichten, die Taktik der Sowjetregierung gehe, wie ein aufgefangener Funkpruch beweise, darauf hinaus, die polnischen Delegierten bis zum 4. August hinzuziehen. Erst an diesem Tage wolle sie ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen.

Paris, 1. Aug. Der „Petit Parisien“ erfährt anlässlich der Veröffentlichung eines aufgefangenen bolschewistischen Funkentelegramms, wonach die russische Heeresleitung vor dem 4. August kein Abkommen mit den Polen schließen solle, es beständen sehr ernste Gründe dafür, daß die Russen weit davon entfernt seien, einen aufrichtigen Frieden mit Polen zu wünschen, sondern nur daran dächten, ihre Erfolge immer weiter auszuweiten, bis die Polen schließlich gezwungen seien, zu kapitulieren. Inzwischen bringe die russische Armee weiter vor. Die russische Kavallerie befinde sich ungefähr 30 Kilometer von Warschau entfernt. Die polnische Heeresleitung habe inzwischen ver-

schiedene Neubildungen von Seeresuiten zum Zwecke einer Reorganisation der Armee angeordnet. Die Rückdeckung sei französischen Offizieren anvertraut worden.

Augustowo durch die Bolschewisten besetzt.

(Eigener Drahtbericht.)
Warschau, 2. Aug. Nach in Romo eingegangenen zuverlässigen Nachrichten haben die Bolschewisten Augustowo besetzt. Die Polen haben sich auf Suwalki zurückgezogen.

Kundgebungen gegen den Krieg.

w. Berlin, 1. Aug. Heute vormittag 10 1/2 Uhr hatte sich eine ungefähr 15 000 Mann starke Versammlung am Lustgarten eingefunden, um an einer vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer einberufenen Massenkundgebung für Völkerverständigung und Weltfrieden teilzunehmen. Während die Redner, die auf der Freitreppe des Doms Posten gefaßt hatten, ungehört Ansprachen halten konnten, wurden die Redner, die von den Treppentufen des Museums sprachen, häufig durch Zwischenrufe von Angehörigen der K.P.D. unterbrochen. Allmählich entstand ein derartiger Lärm und Tumult, daß es den Rednern nicht möglich war, die Reden zu Ende zu halten, und es gelang den Anhängern der K.P.D. die Versammlung zu sprengen. Die Teilnehmer formierten sich zu einem Zuge durch die Stadt, der sich schließlich am Belle-Allianceplatz in aller Ruhe auflöste.

Die Demonstration im Lustgarten verlief in vollkommener Ruhe. Ein Zug mit Kriegswaffen wurde am Brandenburger Tor aufgestellt. Die Kriegsbefehlshaber befanden sich teilweise in Selbstfahrrädern, Motorwagen und Strensen. Die Schilde, die sie mit sich führten sprachen sich sämtlich für die Abschaffung des Krieges aus. Bei der Auflösung der Züge an der Grenze des Volkstreffes wirkte der zuständige Zivilkommissar mit. Im Lustgarten war die Versammlung so stark, daß der Verkehr behindert wurde. Der An- und Abmarsch des republikanischen Führerbundes erfolgte unter den Klängen einer Kapelle, die das Lied spielte: „Ich habe einen Kameraden.“

Marienwerder, 1. Aug. Heute am Jahrestage des Ausbruchs des Krieges fand hier vor dem Gebäude der interalliierten Kommission eine Massenkundgebung gegen den Krieg und für den Völkerverständigung statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Bestrebungen, das Volk aufs neue in einen sogenannten Völkerring zu treiben, protestiert und von der Reichsregierung die frische Durchführung der Neutralität im Kriege zwischen Rußland und Polen verlangt wird.

Dr. Simons über die Londoner Konferenz und die Anschlussfrage.

Wien, 1. Aug. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons, der in bezug auf die Meldung, wonach die Londoner Friedenskonferenz, auf der die Disfragen zur Behandlung kommen sollen, ohne Zuziehung Deutschlands abgehalten werden soll, erklärte, wenn diese Nachricht richtig sein sollte, so sei es erstaunlich, daß Rußland zustimme, daß über alle die großen Fragen, die zwischen Rußland und Deutschland schweben, ohne Hinzuziehung Deutschlands entschieden werden solle. Im Verlaufe der Unterredung kam der Minister auch auf den Zusammenhang von Deutschland und Österreich zu sprechen und erklärte, die Gefahren, die Österreich durch die ungarische Frage und durch die erneuten verstärkten Bestrebungen nach Herstellung einer Donauföderation bedrohten, seien nur durch ein Mittel zu bannen, nämlich durch das Festhalten an dem Gedanken, daß es nur eine natürliche und rechtmäßige Lösung der deutschen Frage gäbe, d. h. der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Stämme in Deutschland und Österreich. Von diesem Gedanken müssen wir hoffen, daß er einmal Wirklichkeit werde, gerade so wie der Gedanke, daß Deutschland und Rußland durch die stärksten wirtschaftlichen Interessen aufeinander angewiesen sind.

Italien und die Londoner Konferenz.

London, 1. Aug. Reuters erfährt, daß Italien auf der Londoner Konferenz der Alliierten mit den Bolschewisten vertreten sein wird.

Der Kongreß der 2. Internationale.

U. Genf, 1. August.

Generalsekretär Huzmans eröffnete am Samstag vormittag 11 Uhr den Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. An Stelle des infolge Krankheit am Erscheinen verhinderten Arthur Henderson und des durch dienstliche Geschäfte zurückgehaltenen schwedischen Ministerpräsidenten Branding empfahl das Bureau dem Kongreß, den englischen Delegierten Shaw als Präfidenten und den holländischen Delegierten Wliegen als Vizepräsidenten zu bezeichnen. Einstimmig wurde dieser Vorschlag angenommen.

Präsident Shaw nahm hierauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Arbeit des Kongresses zu einem einigermaßen positiven Ergebnis führen möchte. Der Präfident schilderte die trostlose Lage der verschiedenen Staaten Europas und erklärte in bezug auf Rußland, aus welchem Lande er erst vor kurzem als Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei, daß in dem Gebiet der Sowjetrepublik die Bevölkerung kaum die Hälfte der ihr normalerweise zukommenden Ernährung erhalte. Er kam sodann auf die in der Internationale eingetretene Gegenstände zu sprechen und erklärte, daß die Internationale den Gedanten aufgeben müsse, ein einheitliches, für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Ländern durchzuführen. Jedes Volk müsse seine vollkommene Freiheit behalten in der Verwirklichung des sozialen Zieles. Es erscheine als die höchste Zeit, daß die Internationale zu ihrem Wiederaufbau schreite, wobei sie sich auf gewisse Hauptpunkte beschränken müsse, da doch niemals eine Einigung aller Gruppen erzielt werden könnte. Was Rußland anbetreffe, so wolle er sich jeder Kritik enthalten und hier nicht entscheiden, ob für dieses Land die Diktatur des Proletariats wirklich eine geeignete Form sei zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele. Jedenfalls wolle er feststellen, daß er die russische Methode entschieden ablehnen müsse. Die Zweite Internationale dürfe sich aber jedenfalls nicht als Feind der Sowjetrepublik betrachten. Die Westmächte haben die Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits wesentlich geändert, wobei der Labour Party ein großes Verdienst zukomme. Der zu erwartende Abschluß eines Friedens mit Rußland werde auf jeden Fall den arbeitenden Massen aller Länder zugute kommen. Redner kam sodann auf den russisch-polnischen Krieg zu sprechen und gab der Überzeugung Ausdruck, daß der polnische Vorstoß eine Folge von Abmachungen zwischen Polen und dem ukrainischen Diktator Petljura war, auf Grund deren Polen ukrainische Gebiete in Besitz nehmen konnte. Der Präfident berührte dann die sogenannte Verantwortlichkeitsfrage. Er gab der entschiedenen Meinung Ausdruck, daß die Schuldfrage nicht mehr zum Gegenstand eines Zwistes auf einem sozialistischen Kongreß gemacht werden dürfe. Er schlug deshalb dem Kongreß vor, daß die verschiedenen Parteien, die sich für die Verantwortlichkeitsfrage interessierten, je einen Vorschlag einbringen, daß dann über diesen Vorschlag einfach abgestimmt würde, wenn sich eine besondere Debatte entspinnen sollte. Redner verbreitete sich hierauf über die Frage „Diktatur oder Demokratie“ und sprach sich mit aller Entschiedenheit dahin aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demokratie seiner Verwirklichung entgegengeführt werden müsse.

Dann machte Generalsekretär Huzmans die Mitteilung, daß der Kongreß voraussichtlich bis nächsten Donnerstag dauern werde. Nach seiner Meinung dürfe der Kongreß nicht auseinandergehen, bevor er den Bericht der britischen Kommission, die in Rußland war, und von der zwei Mitglieder, Präfident Shaw und Frau Snowden, amwesend seien, angehört worden sei. Weiter teilte er mit, daß er als Generalsekretär zurückzutreten gedenke und eine Verlegung des Generalsekretariats von Brüssel nach London empfehle. Die englische Partei eigne sich schon deshalb zur Übernahme des Sekretariats, weil sie heute eine der stärksten Parteien darstelle. Die Angelegenheit könne aber erst entschieden werden, wenn ein von Arthur Henderson sich auf diese Frage beziehender Brief, der soeben eingetroffen sei, bekanntgeworden sei.

Bozier (Frankreich) erklärte, daß die französische Abordnung sich vorbehaltlich müsse, die Frage der Verantwortlichkeit mit aller Freiheit zu dis-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

hätten, da gerade diese Frage im Interesse der Parteienklarheit entschieden werden müsse.

Der Präsident empfahl, die Frage der Verantwortlichkeit erst dann zu verhandeln, wenn der Bericht der dafür eingesetzten Kommission vorliege.

Abgeordneter Dr. Braun (Deutschland) erklärte, daß die Deutschen sehr wohl begriffen, daß die französischen und belgischen Delegierten die Frage der Verantwortlichkeit nicht beiseite lassen wollten, aber die Deutschen seien der Meinung, daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit am Weltkongreß festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien, die die Affäre bisher vollständig verurteilt hätten.

Generalsekretär Hubsmans teilte mit, daß auf Wunsch verschiedener französischer und belgischer Delegierten der Kongreß eine Resolution beschließen müsse zu Ehren von Jaures. Wenn er noch leben würde, wäre er sicherlich zugegen und würde für die Verwirklichung des Sozialismus durch die Demokratie eintreten.

Die dritte Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß zwei Unterkommissionen dafür zu ernennen. In bezug auf die Sozialisierung verlangte die Kommission ihre allmähliche Durchführung, und in bezug auf das politische System des Sozialismus empfiehlt sie die Anwendung demokratischer Grundzüge bei Industriebetrieben, d. h. Gewährung des Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe.

Die vierte Kommission, die sich mit der Prüfung der Mandate zu befassen hatte, und an der kein deutscher Delegierter teilnahm, beschloß, die Frage der Zulassung der in Genf anwesenden französischen Delegierten dem Kongreß selbst zur Entscheidung vorzulegen, da von verschiedenen Seiten die Eigenschaften der französischen Delegierten als eigentliche Sozialisten in Zweifel gezogen wurden.

Die fünfte Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß zwei Unterkommissionen dafür zu ernennen.

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Verfassung über die Verantwortlichkeit anerkannt hat, daß sie einen Schritt gegangen habe, nicht selbstständig und energetisch genug die Macht des Militarismus und Imperialismus verurteilt zu haben, vor allem hinsichtlich der Rettung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Weltvertretung entzogen war, in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Umsturz der ganzen Welt und insbesondere des deutschen Volkes selbst im Jahr 1918 zu spät gekommen ist und ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben die Schuld ist, deren die deutsche Sozialdemokratie sich anklagen muß, ferner in der Erwägung, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Note über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben haben:

1. Das Bismarckische Deutschland hat, wie schon Marx und Engels sagten, den Weltkrieg auf das Schwerte erschüttert, indem es Europa-Verträge anerkennend hat. Für die Sozialdemokratie gibt es also keine schlagende Frage mehr. 2. Das tschechische Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verletzte. 3. Das republikanische Deutschland selbst hat sich verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen des Krieges, den das tschechische Deutschland ausgesetzt hat, nachdem es das noch am Vorabend des Krieges mögliche Schiedsgericht abgelehnt hat, alles beizutragen, nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der antiken Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Ueberreizung seiner Interessenpolitik

Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen von Spaa von den anderen Bergarbeitern unterstützt würden.

Die Arbeit der Kommissionen.

1. Genf, 1. August. Zur Teilnahme am internationalen Sozialistenkongreß sind nachträglich noch zwei ungarische Delegierte eingetroffen.

Die vom Kongreß eingesetzten Kommissionen begannen gestern nachmittag ihre Arbeiten. Die erste Kommission schlug vor, eine Kommission zu bestellen, mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die der Zweiten Internationale nicht angehören, einzuleiten, um mit diesen zusammen eine einheitliche starke Internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundzüge des Sozialismus.

Die zweite Kommission prüfte die Frage der Schuld am Kriege. Sie beschloß nach Anhörung der Delegierten der am Krieg beteiligt gewesen Länder eine Unterkommission mit der Ausarbeitung einer Resolution zu beauftragen. Diese Kommission ist zusammengesetzt aus van Col (Holland) als Präsident und Rozier (Frankreich), le Fontaine (Belgien), Hill (England), Dr. Braun (Deutschland) und Engberg (Schweden).

Die dritte Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß zwei Unterkommissionen dafür zu ernennen. In bezug auf die Sozialisierung verlangte die Kommission ihre allmähliche Durchführung, und in bezug auf das politische System des Sozialismus empfiehlt sie die Anwendung demokratischer Grundzüge bei Industriebetrieben, d. h. Gewährung des Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe.

Die vierte Kommission, die sich mit der Prüfung der Mandate zu befassen hatte, und an der kein deutscher Delegierter teilnahm, beschloß, die Frage der Zulassung der in Genf anwesenden französischen Delegierten dem Kongreß selbst zur Entscheidung vorzulegen, da von verschiedenen Seiten die Eigenschaften der französischen Delegierten als eigentliche Sozialisten in Zweifel gezogen wurden.

Die Resolution über die Verantwortlichkeit.

1. Genf, 1. Aug. Auf dem sozialistischen Kongreß scheint es zu einer Einigung in der wichtigsten Frage der Kriegsverantwortlichkeit gekommen zu sein, wenigstens hat am Sonntag nachmittag sich die Kommission auf folgende Resolution geeinigt:

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Verfassung über die Verantwortlichkeit anerkannt hat, daß sie einen Schritt gegangen habe, nicht selbstständig und energetisch genug die Macht des Militarismus und Imperialismus verurteilt zu haben, vor allem hinsichtlich der Rettung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Weltvertretung entzogen war, in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Umsturz der ganzen Welt und insbesondere des deutschen Volkes selbst im Jahr 1918 zu spät gekommen ist und ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben die Schuld ist, deren die deutsche Sozialdemokratie sich anklagen muß, ferner in der Erwägung, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Note über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben haben: 1. Das Bismarckische Deutschland hat, wie schon Marx und Engels sagten, den Weltkrieg auf das Schwerte erschüttert, indem es Europa-Verträge anerkennend hat. Für die Sozialdemokratie gibt es also keine schlagende Frage mehr. 2. Das tschechische Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verletzte. 3. Das republikanische Deutschland selbst hat sich verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen des Krieges, den das tschechische Deutschland ausgesetzt hat, nachdem es das noch am Vorabend des Krieges mögliche Schiedsgericht abgelehnt hat, alles beizutragen, nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der antiken Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Ueberreizung seiner Interessenpolitik

ist und seiner Raffgier eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist und erklärt gleichzeitig mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Delegation, daß ein unmittelbarer Antrag hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich bei der mit Kapitalisten gepaarten Gewisstonalität der jetzt gestützten deutschen und österreichischen Mächte liegt.

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schändlichkeit, die Europa und die Welt in Blut gebadet hat, dem Willen der Völker preis und betraufet seinen festen Willen, als seine Kraft der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Die Anerkennung dieser Resolution ist allerdings noch von der Zustimmung der Mehrheit der deutschen Delegation abhängig.

Der Genfer Bergarbeiter-Kongreß.

1. Aug. In einer Beisprechung der in Genf bereits anwesenden Delegierten des Bergarbeiterkongresses wurde auf Verlangen der Belgier und Franzosen beschlossen, die Frage der Schuld am Kriege auch im Bergarbeiterkongreß zu erörtern und in öffentlicher Sitzung zur Sprache zu bringen.

Millerands Verteidigung des Kohlenabkommens.

(Eigener Bericht.)

Paris, 31. Juli.

Die Kammer verhandelte, wie bereits kurz gemeldet, am Freitag nachmittag die Ratifizierung des Protokolls von Spaa. Die Regierung verlangte von der Kammer die Ermächtigung, an den Vorschlägen, die Deutschland von England, Belgien und Italien gegen die Kohlenlieferungen gewährt werden sollen, sich mit 200 Millionen monatlich während höchstens sechs Monaten zu beteiligen. Die Finanzkommission hatte sich dagegen ausgesprochen, die Kommission für auswärtige Angelegenheiten dafür. Die Regierung verlangte die sofortige Beratung dieser Vorlage.

Der Berichterstatter der Finanzkommission Bokanowski legte dem Ernst des Problems dar, vor das Frankreich gestellt werde. Er verkennt die Schwierigkeiten nicht, die die Regierung überwinden mußte, und die Opfer, die sie zugehen mußte, um die alliierten Bündnisse aufrecht zu erhalten, doch muß er die Kammer bitten, die Vorlage zurückzuweisen.

Der Berichterstatter der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Roll in hob die Verbesserungen materieller Natur hervor, die die Abmachungen von Spaa herbeigeführt haben. Er wies auf die Unruhen und Bewirungen, die gegenwärtig in Europa herrschen, hin und beschwor die Kammer, ein klares Votum abzugeben. Er stellt in Abrede, daß das Protokoll von Spaa eine Verletzung oder Revision des Versailleser Vertrages darstelle, und schloß, indem er die Kammer bat, die Vorlage anzunehmen, und den Ministerpräsidenten aufzuberufen, sich mit dem Protokoll von Spaa zu befassen und sich dessen dazu zu bedienen, um die Rechte Frankreichs im Geiste und nach dem Buchstaben des Versailleser Vertrages zu verteidigen.

Nach zwei weiteren Reden, die verschiedene Kritiken vorbrachten, erhielt

Millerand

das Wort. Er erklärte: Warum haben wir die Abmachungen von Spaa unterzeichnet? Welche Lasten legen sie uns auf? Welche Vorteile bringen sie uns? Welches müssen die Folgen einer Kündigung dieser Abmachungen sein? Die Kammer soll sich in voller Erkenntnis dieser Sachlage ansprechen. Am 20. Juli hat die Kammer der Regierung zugestimmt, nachdem sie den Bericht über die Verhandlungen in Spaa angehört hatte. Wenn regieren voranstehen heißt, so hatte ich die Pflicht, alle Vorkehrungsregeln zu treffen, damit nächsten Winter in Frankreich die

Kohlen nicht fehlen. Die Abmachung von Spaa gibt uns 80% unserer Bedürfnisse an Kohlen zu einem um ein Fünftel billigeren Preis als bisher. Sie enthält aber auch eine Gegenbedingung. Die französische Regierung befand sich in Gegenwart einer unerschütterlichen Entschlossenheit einiger unserer Verbündeten bezüglich der Lebensmittelversorgung Deutschlands. Diese Frage wurde von einem unserer Verbündeten nicht zum ersten Male vorgebracht. Schon der Vertrag faßt diese Frage ins Auge. Um die Lebensmittelversorgung zu ermöglichen, haben die Alliierten eine Prämie von fünf Goldmark für die Tonne gewährt und gewisse Vorschüsse im Verhältnis zu der gelieferten Menge von Kohlen. Damit diese Vorschüsse in bar bezahlt werden oder deren Bezahlung eintrag von den Alliierten garantiert wird, ist Ihre Zustimmung erforderlich.

Sofort nach der Zusammenkunft von Spaa haben wir uns bemüht, die letzteren Modalitäten zu verwirklichen. Schon am 20. Juli sandte ich Telegramme nach London, Brüssel und Rom und rief, eine internationale Anleihe ins Auge zu fassen. Am 27. Juli endeten unsere Unterhandlungen mit den in Vouloune von England und Frankreich unter der Zustimmung Belgiens und Italiens unterzeichneten Abmachungen, die eine erhebliche Besserung der Abmachungen von Spaa betreffend, die Vorschüsse bildeten.

In Spaa haben wir uns nicht darauf beschränkt, Deutschland an die Durchführung des Vertrages zu erinnern, der ihm unterlag, irgendwelche Teile seines Besitzes zum Schaden der Alliierten zu veräußern oder sich dessen als Pfand zu bedienen, um sich Lebensmittel oder Rohmaterialien zu verschaffen. Wir haben uns auch bemüht, Deutschland zu verhindern, in seinem Irrtum zu beharren, indem wir es zwangen, sich nur an die Alliierten zu wenden, um Vorschüsse zu erlangen und schließlich haben die Alliierten zur gleichen Zeit, wie sie die Grundlagen zur Regelung der Wiedergutmachung festsetzten, die internationale Anleihe sowohl für die Vorschüsse an Deutschland als auch für die Tilgung seiner Schulden genehmigt, d. h. erlangten wir gleichzeitig die Ermächtigung zur Durchführung der Abmachungen vom 27. Juli, wie für diejenige des Protokolls von Spaa.

Welches würden die Folgen einer Ablehnung durch die französische Kammer sein? Die erste Folge wäre, daß unsere Verpflichtungen dahinfallen würden. Aber in seinem Entzagen würde das Protokoll von Spaa dasjenige betreffen, die Kohlen mit sich reißt. Damit würde die Verpflichtung der deutschen Regierung, den Alliierten jeden Monat zwei Millionen Tonnen Kohlen zu liefern, dahinfallen. Gleichzeitig würde die Kontrollkommission für die Kohlen verschwinden, die die Befehle des Ruhrgebiets erlaubt, und außerdem würden wir unsere britischen und italienischen Freunde um die Menge von Kohlen bringen, die das Protokoll ihnen verspricht. Man wird uns einwenden, für die Kohlen haben wir doch den Versailleser Vertrag. Allerdings! Aber Sie wissen wohl, daß er damit erbt, daß ein großer Teil der Kohlenlieferungen ausbleibt. Die Wiedergutmachungskommission hatte angesichts dieser Nichtdurchführung gefunden, daß es wünschenswert wäre, daß die Alliierten gemeinsame Maßnahmen treffen. Diese Maßnahmen wurden getroffen und sie sind es eben, die ich Sie bitte, zu ratifizieren. Man wird uns noch sagen, außer dem Betrag von Versailles können wir noch zum Völkerrecht greifen; sie hatten ja doch Frankfurt besetzt. Aber, so sehr Millerand fort, damals war man sehr nahe daran, uns vorzuwerfen, daß wir unsere Bundesgenossen kompromittiert haben.

Millerand schloß: Wenn Sie die Vorlage zurückweisen, übernehmen Sie nicht nur die Verantwortung für eine Kohlenkrise in Frankreich, Belgien und Italien, sondern Sie übernehmen eine höhere Verantwortung. Nie zuvor war die enge Solidarität unter den Alliierten so unerlässlich notwendig wie heute. Sehen Sie einmal nach dem Osten. Die französische Regierung ist nicht nur wegen der militärischen

Die englische Delegation

hat zum Kongreß der Zweiten Internationale eine Resolution gefaßt, in der die Regierungen Europas aufgefordert werden, die notwendigen Mittel zur Erhaltung und zum Aufbau der vorhandenen Einrichtungen zur Ernährung der Kinder bereit zu stellen. Die Resolution verurteilt jeden Versuch, mit dieser Frage politische oder kommerzielle Zwecke zu verbinden. Es wird daher verlangt, daß für die Verwendung von Mitteln, die für die Unterstützung von Kindern gegeben worden sind, Sicherheiten geschaffen werden sollen vor Einflüssen, die dem ursprünglichen Charakter ihrer Verwendung Nachteil bringen könnten. Diese Mittel dürfen ausschließlich nur für unterernährte Kinder verwendet werden, gleichgültig, welcher Gesellschaftsklasse, welchem Lande und welchem Glauben sie angehören. Die Mittel sollen Organisationen der verschiedenen Länder anvertraut werden.

Suo über die Bedeutung des deutschen Antrags.

1. Genf, 1. August. Wie ein einflussreiches Mitglied der englischen Abordnung sagte, werden die Engländer alles tun, um eine unvermeidliche Kriegsschuldfrage so rasch wie möglich zu erledigen, um sich wichtigeren Fragen der Zukunft zu widmen.

Über den Sinn des Antrages der deutschen Abordnung betreffend eine internationale Verteilung der Kohlen befragt, erklärte der Reichstagsabgeordnete Otto Suo, es handele sich hier um eine wirtschaftliche Frage der Verteilung der Kohlenproduktion auf alle Verbraucher. Es sei höchst unwirtschaftlich, wenn z. B. amerikanische Kohlen deutsche Kohlenreviere passieren, um in die Schweiz zu gelangen und somit durch die Transportkosten verteuert werden. Die Konsumländer der Kohle müßten nach einem internationalen Schema geordnet werden. Eine Umgehung von Spaa wollten die deutschen Arbeiter nicht. Sie wollen in Genf nichts, was der Vermehrung der Völker und der Menschheit im Wege stehen könnte. Es sei nicht die Schuld der deutschen Arbeiter, wenn in einem Teile der deutschen Presse der Krieggeist nicht verschwinden wolle. Suo stellte in Abrede, daß die deutschen Arbeiter sich vor wenigen Tagen an den Internationalen Gewerkschaftsbund in der Frage gewandt hätten, ob sie im Falle der

Neue Künstleranekdoten.

Dem soeben im Verlag von F. Brudmann in München erschienenen Buch von Alfred Georg Hartmann „Der Künstlerbiergarten“, Maler-, Bildhauer- und Architekturanekdoten aus sechs Jahrhunderten, entnehmen wir nachstehende Anekdote:

Das Krokodil.

In einem Kreise von befreundeten Künstlern, in dem sich auch Menzel befand, wurde über die Darstellung der nackten weiblichen Gestalt durch die Maler und Bildhauer gesprochen, über die Tatsache, daß jene unwillkürlich meist schmerzhaft, freier von den „Zeugen irdischer Bedürftigkeit“ dargestellt würde, als sie wirklich sei und von der unbestochenen Photographie wiedergegeben wird. Meinhold Degas suchte die Tatsache zu motivieren: „Das ist ja nur ganz natürlich; Sie werden doch zugeben, Menzel, daß jeder Künstler, wenn er ein Mann ist, angesichts eines gutgewachsenen, nackten jungen Weibes noch anders empfindet als einem nackten männlichen Modell gegenüber. Und etwas davon kommt denn doch, ohne daß er's will und weiß, in seine Darstellung hinein.“ Darauf erwiderte Menzel die klassischen Worte: „Das kann ich nicht sagen... Empfinden Sie denn etwas anderes, wenn Sie ein weibliches Krokodil zeichnen oder modellieren, als wenn Sie nach einem männlichen Besart?“

Von dieser Anekdote gibt es noch eine zweite Besart:

Einstmals fragte Menzel Meyerheim gegenüber, daß man „jede Dame, die ins Atelier schwebt, wie eine Art höheres Wesen behandeln muß.“ „Ich verhebe das alles nicht“, fuhr er dann fort und wandte sich an Meyerheim mit der Frage: „Sehen Sie denn ein weibliches Krokodil mit anderen Augen an als ein männliches?“

Der Bart.

Im Jahre 1881 wollte Gamba Modin kennenlernen. Als Treffpunkt wurde eine Abendunterhaltung bei Juliette Nam vereinbart. Der Einladung gemäß trat Modin pünktlich um neun Uhr in den Saal. Er fand sich aber ganz allein, da die gute Sitte es heilige, frühestens drei Viertelstunden nach dem offiziellen Beginn eines Festes zu

erscheinen. Da er niemand erblickte, kam ihm der Gedanke, er könnte sich im Stockwerk geirrt haben, und er wandte sich deshalb an eine Gruppe Lakaien mit der Frage: „Wo bin hier doch recht bei Madame Adam?“

Die Diener, die es nicht für möglich hielten, daß ein Mann mit einem so vorstürzlichen Bart ein Gast sein könne, lächelten zuerst ratlos an, dann überreichte sich einer von ihnen auf die Stirn, überreichte Modin ein Servierbrett und meinte: „Sie kommen wohl zur Aussilfe, Kamerad?“

Göttinnen.

Courbet sagte einmal: „Wenn ihr wollt, daß ich euch Göttinnen male, zeigt mir welche.“

Die andere Richtung.

Der Bildhauer Reinhold Degas sprach nicht viel. Wenn ihn aber etwas erregte, konnte es doch vorkommen, daß er mit einem raschen Urteil in die Debatte eintritt. Als man sich einmal über eine ihm unympathische Kunstrichtung unterhielt, meinte er: „Na, Knacker ist auch ein Verlicht — nur schmeißt es nicht!“

Die Wette.

Degas wettete vor etwa zwanzig Jahren mit einem Freunde, daß er bei einem Kunsthändler in einer der belebtesten Straßen von Paris ein nicht signiertes Bild von sich ein Jahr lang zu einem Preise von 500 Frank ausstellen werde, ohne daß es verkauft würde. Er gewann die Wette, und das Publikum, das damals das Bild zu teuer fand, ist vielleicht daselbe, das heute (1917) für eine Zeichnung von Degas neun 10 000 Frank und mehr ausgibt.

Aufträge.

Bei Lenbach erschien einmal ein Berliner Bankier, um zu fragen, wieviel er wohl für ein Bildnis verlangen würde. Lenbach forderte eine ungewöhnlich hohe Summe. Der Bankier prallte entsetzt zurück und sagte: „Aber das ist ja ein enormer Preis! Für die Hälfte habe ich längst ein von Ihnen gemaltes Bild des Fürsten Bismarck gekauft!“ Darauf Lenbach: „Kann sein. Aber den Fürsten Bismarck zu malen, war für

mich auch ein Vergnügen. Das hat man selten — Vergnügen.“

Better Zimt.

„Neulich schreibt mir ein Kunsthändler: — erzählt Hans Thoma — er besitze ein altes Bild von mir, eine Gesellschaft im Garten; es sei auch ein Käufer dafür da. Der verkaufte aber durchaus zu wissen, wen das Bild darstelle. Es sei zu befürchten, daß ihm der Käufer abspürne, wenn ich ihm nicht den Gestalten tue, Auskunft zu geben. Ich schrieb dem Kunsthändler: Das Bild stellt meinen Better Hieronymus Zimt mit seiner Familie dar. Thoma hatte der Kunsthändler kein Geld und ich einen neuen Verwandten!“

Ein bekannter Berliner Maler kommt zu Meyerheim und sagt:

„Hören Sie, Sie sind doch Mitglied der Akademie; man müßte wirklich mal endlich den Dage-meister zum Professor machen. Verdient hat er's.“ „Au ja“ — ruft Meyerheim — „der mach' ich! Ihm mach's Freude, mir mach's Spaß, und — die andern ärgern sich.“

Bildnis malerei.

Als Hans Thoma einmal eine befreundete Dame malen wollte, sagte Trübner: „Tun Sie das nicht! Porträtmalen zerstört die Freundschaft!“

Kunst und Wissenschaft.

Magnus Hirschfeld über Steinach. Der Leiter des Berliner Instituts für Sexualwissenschaft, Dr. Magnus Hirschfeld, wird jetzt über die Entdeckung Prof. Steinachs und ihre Bedeutung eine voluminöse Darstellung unter dem Titel „Künstliche Verjüngung, künstliche Geschlechtsumwandlung“, im Berliner Verlage Johnborth veröffentlicht.

Ein Heine-Fund. Ein kostbares Heine-Dokument ist jetzt nach romantischen Schicksalen wieder aufgetaucht. Heines Handexemplar der Erstausgabe der Harzreise, nebst den sehr beträchtlichen und interessanten handschriftlichen Korrekturen des Dichters für die zweite Auflage des

Werkes. Der Heine-Forscher Prof. Dr. Friedrich Hirth wird es in einer originalgetreuen Wiedergabe als zweiten Heine-Gedächtnisdruck in dem alten Heine-Verlage Hoffmann und Campe veröffentlichen. Das Handexemplar gibt wertvolle Aufschlüsse über Heines Arbeitsweise. Die bedeutend abweichende Anordnung der Erstausgabe wurde auf Heines ausdrücklichen Wunsch bisher nicht mehr dargeboten; alle späteren Drucke brachten die Fassung der zweiten Auflage, von dem geänderten Motto angefangen bis zu den Gedichten, die Heine meist wegen Aufnahme im Buch der Vieder wegließ.

Eine erfreuliche Nachricht aus dem Buchhandel wird uns aus Leipzig übermitteln. Nach den neuesten Bestimmungen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler ist es durch Entgegenkommen des Verlages den Sortimentern möglich geworden, zukünftig Reclams Universal-Bibliothek ohne den bisher üblichen Sortimentzuschlag zu verkaufen, so daß jetzt die Einzelnummer um 25 Pfg. billiger ist und statt 1.75 M. nur 1.50 M. kostet! Diese Nachricht, daß für das geistige Brot des deutschen Volkes eine Preisermäßigung von 20 Prozent eintritt, wird gewiß in weiten Kreisen mit Vergnügen begrüßt werden. (Wenn es bei Reclam möglich ist, dürften auch die anderen billigen Sammlungen gleiche Maßnahmen treffen können. Denn gerade die Käufer der rühmlichst bekannten Bücher der Dichter-Gedächtnis-Ausgaben, des Dürerbundes, der Wiesbadener Volksbücher, Teubner, Insel, Pöndel uhm. sind die leistungsfähigsten und ärmsten im Buchhandel. Die Red.)

Personalien. Zum ordentlichen Professor an der Bonn-Universität wurde Dr. phil., jur. et theol. Leonold Karl Goeb (Christi, Dogmengelehrter und ökonomische Geschichte und Landeskunde) ernannt. Er ist 1868 in Karlsruhe (Baden) geboren. Er promovierte in Bern zum Lic. theol. und erhielt 1899 ebenfalls den Dr. theol. hon. causa. 1892-1900 war er Geschäftsführer der altkatholischen Gemeinde Völsau (Wägen), wurde später bischöflich. Seminarprofessor am altkatholischen theologischen Seminar in Bonn und erhielt 1907 das in der Bonner philol. Fakultät neuerrichtete Extraordinariat für philologische Disziplinen mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der altkatholischen Studenten und zugleich die Leitung des neuerrichteten Seminars für philologische Disziplinen. 1914 erhielt Goeb den Auftrag, auch die ökonomische Geschichte und Landeskunde in den Bereich seiner Befähigung zu stellen.

Wichtigen Pläne der Bolschewisten besorgt, sondern wegen ihrer diplomatischen Pläne, die viel schlimmer sind. Die Haltung der französischen Regierung ist sich treu geblieben, sowohl Deutschland als auch den Bolschewisten gegenüber, aber die Regierung braucht die Zustimmung des Parlaments, und dieses ist es wieder, worum ich Sie bitte.

Die Rede Millerands wurde mit stürmischem Beifall auf sämtlichen Bänken aufgenommen mit Ausnahme der äußersten Linken. Nach weiterer Erweiterung wurde der Gesetzentwurf mit 393 gegen 88 Stimmen angenommen.

Maurice Bartès.

Paris, 1. Aug. Der Verlauf der Kammerdebatte hat in den politischen Kreisen nicht übersehen. Man wußte, daß der nationale Block, als dessen Schöpfer Millerand gelten darf, ihm keine Unterstützung nicht versagen würde, und daß damit das Finanzgesetz über das Kohlenabkommen gerettet werde. Aus der Rede des nationallistischen Deputierten Maurice Bartès muß hervorgehoben werden, daß er außerordentlich, daß es nicht genügt, daß man die Gebiete besetzt, sondern man müsse auch ein Aktionsprogramm aufstellen und den französischen Einfluss mit den Interessen und den Personen im besetzten Gebiet verknüpfen. Der französische Einfluss könne ferner durch eine weitreichende soziale Aktion vergrößert werden. In Essen habe man sich schon mit Gewerkschaften und einzelnen Personen in Verbindung gesetzt und begonnen, über die Ernährung und die Wohnungsverhältnisse zu wachen. Das müsse vervollständigt werden.

Im Senat.

Paris, 1. Aug. Während der gestrigen Verhandlungen im Senat über den Antrag einer Kreditgewährung auf Grund des Kohlenabkommens in Spaai saß Senator Doumer: „Damit Deutschland gezwungen werden kann, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ist es notwendig, daß alle Mittelien sich verständigen. Seitdem wir Sieger sind, sind wir harten Prüfungen ausgesetzt, die nicht von der Seite kommen, von der wir sie ermatzen konnten, sondern von denen, die uns gegenüber Gefühle der Gerechtigkeit haben.“

Paris, 1. Aug. Der französische Senat hat gestern festgesetzt, daß nicht mehr als für 40 Milliarden Franken Banknoten auszugeben werden dürfen.

Abänderung der Verfassung der französischen Republik.

(Eigener Dabbericht.)

Paris, 1. Aug. Am Sonntag vormittag 4 Uhr haben Kammer und Senat die Beratung über das Budget für 1920 beendet, worauf sie sich bis zur Einberufung durch die Regierung, die im November erfolgen dürfte, vertagten. Der Senat hat sich für 1920 mehrere verschiedene Male zwischen Senat und Kammer hin und her geschickt, da der Senat mehrere Änderungen dazu vorgenommen hat. Schließlich haben die Kammer diese Änderungen des Senats und damit den ganzen Staatsvoranschlag an. Nach dem Wiedereintritt der Kammer wird Millerand eine neue Vorlage unterbreiten, die eine Abänderung der Verfassung der Republik vorseht. Diese Vorlage will den häufigen Mutationen der gesetzgebenden Gewalt durch die Vollzugs Gewalt ein Ende machen. Sie will auch einen neuen Modus der Wahl des Präsidenten der Republik einführen. Der erste Beamte des Landes soll nicht mehr von einem bloßen Mitgliedern der Kammer und des Senats bestehenden Kongress gewählt werden, sondern auch von den Vertretern der großen Körperschaften und Gewerkschaften der Arbeiter und Arbeitnehmer der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft. Die Zusammenlegung des Senats soll ebenfalls eine Veränderung in gleichem Sinne erfahren, indem keine Mitglieder nicht mehr allein aus den politischen Berammungen hervorgehen sollen, sondern auch aus den verschiedenen Körperschaften, die die produktiven Kräfte des Landes darstellen.

Die französische Nationalanleihe.

Paris, 1. Aug. Die Finanzkommission der Kammer hat die Vorlage auf Ausgabe einer Nationalanleihe mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

Gedächtnisfeier für Jaurès.

Paris, 1. August. Die sozialistische Partei feierte gestern Abend das Andenken Jaurès. Über 5000 Personen hatten sich zu der Feier im Zirkus versammelt. Die Festrede hielt der Professor der Sorbonne Levy. Es wurde auch eine Rede Ledebours verlesen, die dieser selbst gehalten haben würde, wenn die Regierung ihm die Einreiseerlaubnis erteilt hätte. Nach dem „Deure“ hat die Bekundigung der Passverweigerung an Ledebour in der Versammlung eine starke Anzuehtheit hervorgerufen.

Deutsches Reich.

Konstituierung des Wahlprüfungsgerichts.

Das Wahlprüfungsgericht, das nach der Verfassung aus Abgeordneten und Reichsgerichtsräten besteht, trat am Donnerstag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Es gehören ihm an die Abgeordneten Brodau (Demokrat), Fischer-Wertin (Soz.), Dr. Meißner (Republikan), Dr. Rosenfeld (Unabhängig), Dr. Spahn (Zentrum), W. Armut (Deutschn.), sowie die Reichsgerichtsräte Cornetius, Rattuhn, Dr. S. S. und Ledner. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Dr. Spahn gewählt, zu Stellvertretern Vorstehen Dr. Fischer und Cornetius, zum Schriftführer Dr. Rosenfeld.

Die Meldung der „Magdeburger Zeitung“ von dem angeblichen Geheimabkommen, das zwischen Koffe als Vertreter der Sozialregierung und Dr. Dittmer über die Auslösung der Sowjetrepublik Deutschland in Rußland abgeschlossen worden sein soll, hat die sozialdemokratische „Magdeburger Volksstimme“ zu Nachforschungen veranlaßt, die allen Anschein nach ein sehr seltsames Ergebnis gehabt haben. Danach sollen in Magdeburger Großbetrieben, zum Teil im Einverständnis mit dem Unternehmer, Dittmer als Arbeiter angestellt sein, die die Arbeiterkraft ausbilden und das Ergebnis dieser Tätigkeit an eine Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus weiterzugeben sollen. Die Unterzentrale dieser Liga für Magdeburg soll die Deutsche Wirtschaftspolitik

in Rußland haben. Die Dittmer für die Großbetriebe stelle die sogenannte Winter-Gesellschaft in Magdeburg, die in Wirklichkeit ein Zweigunternehmen der obigen Vereinigung ist. Aus dieser Quelle sei der Bericht über das angebliche Geheimabkommen geflossen. Das sozialdemokratische Blatt behauptet, daß am Mittwoch drei Gesandte fremder Staaten im Auswärtigen Amt wegen der Bekundigung des angeblichen Geheimabkommens um Aufklärung gebeten haben. Inzwischen hätten die Behörden bereits Nachforschungen in den Räumen der arbeitslosen Wirtschaftspolitik und der Winter-Gesellschaft gehalten.

(Vertätigen sich diese Angaben, so sind sie ein neuer Beweis für die frühen Dittmer, aus denen solche und ähnliche, in ihren Folgen außerordentlich bedenkliche und gefährliche Marmmedlungen zu stehen pflegen. D. A.)

Sonderzulage für Erwerbslose.

Wie unser Co-Mitarbeiter drastet, bereitet die Reichsregierung eine Verordnung vor, nach der solche Erwerbslose, die längere Zeit arbeitslos sind, eine Sonderzulage erhalten sollen.

„Neue Heimat.“

Unter dem Namen „Neue Heimat“ wurde in Berlin, Taubenstraße 34, eine gemeinnützige Zentral-Siedelungsgesellschaft für vertriebene Elend-Vorbringer im Reich, G. m. b. H., gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist Beschaffung der vertriebenen Elend-Vorbringer im Reich und ihre Wiedereingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben durch Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit. Die Gesellschaft ist von den Reichsstellen anerkannt als organisatorischer und finanzieller Träger für alle elend-Vorbringenden Siedelungsunternehmen und unterliegt der Aufsicht der Abteilung für Elend-Vorbringen des Reichsministeriums des Innern.

Die Kabinettsbildung in Thüringen abermals gescheitert.

Ein letzter Versuch zur Kabinettsbildung im thüringischen Landtag ist am Samstag abends gescheitert. Der Landtag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Regierungsgeschäfte werden durch den Staatsrat von Thüringen weitergeführt.

Ein französisches Urteil über Dr. Dorken.

Nachdem vor einiger Zeit schon im „Journal des Döbats“ ungewöhnlich ausgesprochen war, daß die französische Rechnung auf eine separatistische Bewegung im Rheinland sich endgültig als falsch erwiesen und insbesondere auch, daß mit Herrn Dorken, auf den einige französische Politiker heringefallen waren, kein Staat zu machen sei, äußert sich nun in demselben Sinn ein Mitarbeiter der „Dumaine“. „Von der ersten Minute an“, sagt er, „ist zu erkennen gewesen, daß die Bewegung des Herrn Dorken keine Wurzeln hatte in der rheinischen Bevölkerung. Seitdem habe ich Gelegenheit gehabt, mich an Ort und Stelle umzusetzen, und meine ersten Eindrücke sind vollumfänglich bestätigt worden: die Bemerkungen Dorkens und einer Anzahl rheinischer Kritiker, die während des Krieges ultra-deutsch waren, haben keinen Augenblick verdient, ernst genommen zu werden, was immer auch der General Mangin und die andere Entzogene Franzosen darüber denken mögen, die geglaubt haben, Herrn Dorken unterstützen und ermutigen zu sollen. Man hat uns auch einmal gläubigen machen wollen, daß in den Kreisen der unabhängigen Sozialisten im Rheinland eine Bewegung für Herrn Dorken bestünde. Die Grundgedanken, die ich einbezogen habe, gestatten mir festzustellen, wie sehr diese Behauptung falsch ist. Seit einiger Zeit habe man von dem Unterpräsidenten der Rheinischen Republik gar nicht mehr gesprochen, seine Bekundigung hat auch keine unermessliche Bekundigung für ihn gemacht. Die künftige Bewegung, die er nach der Meinung einer gewissen Pariser Presse verkörpert, wird dadurch nicht ernsthafte.“

Badische Politik.

Die Hagenstiehangenlegenheit

Wurde in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses nochmals eingehend erörtert. Von demokratischer Seite wurde mitgeteilt, daß die demokratische Fraktion eine entsprechende kurze Anfrage (deren Wortlaut wir schon mitgeteilt haben) eingereicht habe. Von sozialdemokratischer Seite wurde ebenfalls volle Zustimmung bewiesen. Von mehreren Mitgliedern wurden in scharfer Weise die Zustände im Hagenstiehangenunternehmen kritisiert: u. a. wurde ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft gefordert. Der Haushaltsausschuß beschloß, die verlangte Untersuchung über die Untertunhaftigkeiten im Hagenstiehangenunternehmen während der Landtagspause (August und September) dem Landständigen Ausschuss zu übertragen, der zusammen mit dem schon dafür bestehenden Ausschuss der Abgeordneten Duffner (Ztr.), Hoffmann (Dem.) und Müller (Soz.) die Angelegenheit weitere verfolgen soll.

Vereinigung badischer Oberlehrer und Rektoren.

Eine neue Lehrervereinigung ist in der von den badischen Oberlehrern und Volksschullehrern gegründeten „Vereinigung badischer Oberlehrer und Rektoren“ entstanden, deren Vorsitzender Oberlehrer Feuchter in Karlsruhe ist.

Aus Baden.

Versammlung der badischen Polizeibeamten.

Manheim, 1. Aug. In einer großen Versammlung der badischen Polizeibeamten, die auch von Vertretern der Polizeibeamtenvereine in Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Forstheim und Freiburg besucht war, und zu der auch Vertreter des Ministeriums des Innern, der Sicherheitspolizei und des Gendarmerievereins zugegen waren, wurde die geradezu trostlose Lage der badischen Polizeibeamten besprochen. Mit den 14. M. täglich, die nach dem von Polizeikommissär Graf-Heidelberg gehaltenen Referat der Polizeibeamten zur Verfügung ständen, sei nicht zu leben. Infolge dieser schlechten Bezahlung sei der Zugang zur Polizei stetig null. Im Verkauf der folgenden Ausprobierung wurde dann die Forderung nach einer Befähigung- oder Entschädigungszulage in Höhe von 1500 M. und eine bessere Entlohnung einstimmig angenommen.

Neitagen bei Schwesingen, 2. Aug. Durch Großfeuer sind hier zwei Wohnhäuser und fünf Scheunen eingeknickt worden. Das Feuer war in dem Schuppen des Landwirts Roth ausgebrochen und hatte sich mit rasender Schnelligkeit auf die anstehenden Scheuern und Wohnhäuser ausgebreitet. Geschädigt sind die Landwirte Philipp Zahn, Gg. Philipp Müller I, Peter Zahn IV, Philipp Eichhorn III, Philipp Weisbrod IV und Karl Schneider. Der Brand wurde durch den fähigen Frau Zahn verursacht, der ein brennendes Streichholz an Strohhalm steckte. Der Schaden wird auf eine halbe Million geschätzt. Wässa niedergebrannt sind 2 Wohnhäuser, 4 Doppel-

häuser, 1 einfache Scheune, 4 Schuppen, 4 Ställe. Die sämtlichen sehr großen Getreide- und Futtervorräte sind vernichtet.

rr. Mannheim, 30. Juli. In der jüngsten Stadtratssitzung wurde weiter beschlossen, aus Anlaß der vom Badischen Kennverein geplanten Pferderennen am 5. und 6. September im Schlachthof einen großen Pferdemarkt mit Prämierung abzuhalten. — Die Kinder- und Jugendvereine durch die Diakone, mit der bis jetzt außerordentlich günstige Ergebnisse erzielt worden sind, muß infolge technischer Schwierigkeiten während der Sommerferien ausgesetzt werden. Die dadurch erwarteten Nahrungsmittel kommen den Wintermonaten zugute, auf die die Spelung nunmehr ebenfalls erkräftigt wird. Nach den Schulferien soll ein größerer Wechsel eintreten, damit auch die anderen, bisher nicht berücksichtigten unterernährten Kinder der Volkstagen dieser Speisung teilhaftig werden. Die Zahl der gespeigten Kinder beläuft sich jetzt auf 3727 im Alter von 6-14 Jahren und 1159 im Alter von 2-6 Jahren.

Heidelberg, 2. Aug. Der Juwelendiebstahl, der kürzlich in einem hiesigen Hotel ausgeführt wurde, wobei einer holländischen Schmitt im Werte von 250.000 M. geholt worden war, hat seine Aufklärung gefunden. Der Haupttäter ist der Hotelkellner Richard Scheible, sein Helfer der Hauswache Karl Groll. Beide sind verhaftet. Der Schmitt, den sie dem Kaufmann R. Scheible in Stuttgart, einem Bruder des Diebs, übergeben hatten, ist wieder befreit.

Konstanz, 2. Aug. In der Wieserei der Eisenbahnwerkstätte wurde der verheiratete Schlosser Wilsch, Brutscher von einem fahrbaren Kranken totgedrückt.

Aus dem Stadtkreise.

Gültigkeit der Reisepromarken. Um Irrtümern zu begegnen, macht die Reichspostdirektion bekannt, daß Reisepromarken alten Modus ihre Gültigkeit vorläufig nicht verlieren.

Drüsiggruppe Karlsruhe des Andreas-Hofer-Bundes. Hier wurde eine Drüsiggruppe des Andreas-Hofer-Bundes mit 140 Mitgliedern gegründet. Der Bund hat seinen Sitz in Innsbruck und wurde zum Schutze des deutschen und ladinischen Volkstums südlich des Brenners in dem von Italien besetzten Gebiete geschaffen. Der Bund soll das deutsche Volk zur Rettung Südtirols aufordern. Der Ausschuss der Drüsiggruppe Karlsruhe des „Andreas-Hofer-Bundes“ setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Professor Dr. Paulle, Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Albert Haneisen, Direktor der Akademie der bildenden Künste, Prof. Dr. Längin, Prof. Geh. Rat Dr. Krazer, Prof. G. Schreyögg, Fabrikant Konrad Dimmelfeber, Konrad G. Negeßburger, Dentist Georg Deiniger, Kunstmaler Otto Eichardt, Regierungsbaumeister Alfred Fischer, Regierungsbaumeister Brunisch, Architekt Georg Schellhaas.

Heimatliche Oberlehrer! Für Euch gibt es nur eine Parole und die heißt: „Oberlehrer! Die Entscheidung darüber muß gemäß dem Friedensvertrag durch Volksabstimmung fallen. — Kein Freistaat — der vogelfrei wäre —, sondern ein seine Eigenart wahrendes, eng mit Deutschland verknüpft Oberlehrer! — Das allein bietet den Oberlehrern Schutz und Sicherheit. Die Erhaltung Oberlehrertums in Deutschland ist das Grundprinzip der vereinigten Verbände heimattreuer Oberlehrer. Jeder Deutsche sowie jeder echte Oberlehrer, dem das Wohl und Wehe seines Vaterlandes und seiner Heimat am Herzen liegt, unterstützt daher die vereinigten Verbände heimattreuer Oberlehrer. — Landsteute, haltet Euch bereit, der Tag der Abstimmung steht bevor. Die Anmeldungen werden demnächst geschlossen. Ein jeder Abstimmungsberechtigter, der sich bis jetzt noch nicht angemeldet hat, hole das Verzeichnis sofort nach, und zwar bei der Drüsiggruppe Karlsruhe heimattreuer Oberlehrer, Sofienstr. 70, oder in der heute abend 8 Uhr im Vereinslokal, Karl-Friedrichstraße 32 (Residenzautomat-Saal) stattfindenden Versammlung.

Selbstmordversuch. Am 30. v. Mts. nahm eine hier in Stellung befindliche, 23 Jahre alte Stütze auf noch unauferklärte Weise eine giftige Flüssigkeit ein und wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Stadt Krankenhaus verbracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Verhaftet wurden: ein Schlosser aus Vöding wegen unerlaubter Grenzüberbreitung, ein Händler aus Birzeng wegen Hebertretung der Ausländermeldevorschriften und eine Modistin aus Burgstall wegen Gewerbszunucht.

Letzte Nachrichten.

Werbungen für die Osterreichische Legion.

Wien, 1. Aug. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, verhaftete die Polizei in später Stunde einen der Bewerber für die Osterreichische Legion von Bala Gergozog, Oberleutnant Kugler. Dieser bestatigte beim Verhör, daß als Haupt der Legion der Einfall in Osterreich und der Sturz der republikanischen Regierung beabsichtigt wurde.

Wien, 1. Aug. Nach Mitteilung des Staatsamts für Heerwesen gaben aus Ungarn geflüchtete Osterreichler ihm u. a. Protokoll, daß sie in Ungarn zum Eintritt in die Osterreichische Legion gepreßt worden seien, die den Sturz der jetzigen Wiener Regierung und die Wiedereinführung der Monarchie in Osterreich bezwecke. Die Legion sei 170 bis 180 Mann stark und liege im Lager von Bala Gergozog. An anderen Orten Ungarns sollen sich noch fünf weitere gleiche Lager befinden, in Bala Gergozog außerdem eine kroatische Legion zur Förderung der Umfurbewegung in Südslawien.

Ratifizierung des bulgarischen Friedensvertrags.

Paris, 1. Aug. Der französische Senat hat gestern den bulgarischen Friedensvertrag ratifiziert.

Gmünd.

Gmünd, 1. Aug. Nach einer Zeitungsstörspundenz erfolgte die Übernahme des Bahnhofs und der Vororte von Gmünd durch die Tschechen ohne Zwischenfall. In den besetzten deutschen Bezirken Gmünds wurden zum Zeichen des Protestes Trauer-

flaggen gehißt. Auch mehrere reichsdeutsche Bezirke wurden von Tschechen besetzt, obwohl über die schließliche Staatszugehörigkeit dieser Bezirke erst die Grenzkommission zu entscheiden haben wird.

Ein Ultimatum Rumäniens an Rußland.

Belgrad, 2. Aug. (Südslawische Pressebüro). Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimats mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien zurückzuziehen. Der Sowjetregierung wurde eine dreitägige Frist gestellt. Wie verlautet, will Rumänien die Mobilisierung anordnen.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

Konstantinopel, 1. August. Damad Ferid Pascha hat dem Sultan seine Demission und gleichzeitig die des Gesamtkabinetts eingereicht.

Kraffin.

(Eigener Dabbericht.)

e. London, 1. Aug. Kraffin ist an Bord eines englischen Torpedobootes in Harwich eingetroffen.

Die Lage in China.

e. London, 1. Aug. Nach einer Meldung aus Peking hat die Regierung von Kanton dem Präsidenten der Republik China das Angebot gemacht, das Sidparlament aufzulösen und ihn gefragt, welche Maßnahmen er hinsichtlich des Parlaments in Peking zu ergreifen gedenke. Das Telegramm gibt der Meinung Ausdruck, daß man auch das Nordparlament auflösen müsse und daß die Parteigänger der Anspannerei keine Opposition machen werden, weil sie doch nur um ihre persönliche Sicherheit sich bemühen.

Eine Weltorganisation der Landarbeiter.

e. Kopenhagen, 1. Aug. Am 17. August soll in Amsterdam der erste internationale Landarbeiterkongress abgehalten werden, auf dem Delegierte von elf europäischen Ländern vertreten sein werden. Die Delegierten sind als Repräsentanten von 2 Millionen Landarbeitern anzusehen. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung ist die Gründung eines europäischen Bundes der Landarbeiter, der danach eine Zusammenarbeit mit den amerikanischen Organisationen einleiten soll, mit anderen Worten, es wird eine Weltorganisation der Landarbeiter geplant. Aus Dänemark nehmen drei Delegierte an dem Kongress teil, die 30.000 Landarbeiter vertreten.

Berlin, 1. Aug. Bei der Neuen photographischen Gesellschaft in Steglitz brach heute nachmittag Feuer aus, zu dessen Bekämpfung sämtliche Feuerwehren Groß-Berlins aufboten wurden. Das Feuer war alsbald gelöscht. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Duer, 1. Aug. In Westfalen ist eine heftige Ruhrepidemie ausgebrochen. In Dpladen sind 113 Personen erkrankt, von denen bereits 16 gestorben sind.

Schule und Kirche.

Ein neues motu proprio.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein motu proprio des Papstes, worin angeordnet wird, daß anlässlich des 50. Jahrestages der Inkronung des Heiligen Joseph zum Schutzheiligen der katholischen Kirche in der ganzen Welt feierliche Zeremonien veranstaltet werden sollen. Das motu proprio weist auf die Gefahren und die Vermittlungen hin, die weit schlimmer als die des Krieges, der Welt durch jene Lehren drohten, welche die Menschen allein zur Eroberung materieller Güter antreiben, die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft gegeneinander stellen und so Unordnung und Unheil unter den Menschen hervorzurufen. Der Papst verurteilt das Nachlassen der Sittlichkeit und fordert die Christen auf, für den Kult des Kirchenpatrons Sankt Joseph zu werben und die Arbeiter unter seinen Schutz und Schirm zu stellen, damit sie vor den schweren Gefahren des Sozialismus bewahrt werden, der der größte Feind der christlichen Lehre sei. Der Papst fordert die Gläubigen auf, die Bereicherung der heiligen Familie zu verbreiten, deren Oberhaupt der heilige Joseph sei; denn die Familie sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft.

Vom Wetter.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte in Karlsruhe vom 2. August 1920:

Der über fast ganz Europa ausgebreitete tiefe Druck verursachte auch gestern wieder überwiegend wolloses Wetter und wiederholte Regenfälle. Erst am späten Nachmittag, als von Südböden der hoher Druck einigen Einfluß erlangte, starrte es zeitweilig auf. Mit dem Nachlassen nordwestlicher Zustände sind die Temperaturen etwas gestiegen; sie erreichten in der Rheinböden 24 Grad. Unser Gebiet bleibt derzeit noch unter dem westlichen Einfluß hohen und niedrigen Drucks, demnächst scheint aber hoher Druck vorherrschend zu werden.

Voranschlägliche Witterung bis Dienstag, den 3. August, nachts: Vorübergehend noch wollos und vereinzelt etwas Regen, dann fortwährende Besserung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein kostlicher wirkendes Wundenverheilungsmittel hat der Kammerjäger Berg in seinem „Ricodol 1 und 2“ auf den Markt gebracht. (Siehe Anzeige.)

Eine wirklich sachenmäßige Pflege des Schin- und Ledermaterials sollte sich jede Hausfrau zur ersten Pflicht machen. Beim Einkauf von Lederwaren darf deshalb nicht der Preis, sondern die Zusammenstellung des Parfums ansichsgebend sein. Die Firma Karl Wenter, Göttingen, bringt wie im Frieden, wieder Schuhpus Nigri mit Wandlerole — Schuhmarke der bekannte Schornsteinfeger — in den Handel, bei dessen Verwendung das Leder gesund und erhalten, wasserfest und geschmeidig wird.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
100000fach bewährt
Kukirol Preis M. 2.50.-
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Carl Roth, Herrenstraße 26 und
Wilhelm Tscherning, Amalienstraße 19.

In das Handelsregister B Band IV D.S. 58 ist zur Firma Steinhilber & Co. ...

Bahisches Amtsgericht B 2. In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

In das Handelsregister B Band V D.S. 40 ist eingetragen: Firma und Fabrik 'Einheit' ...

Guie dauernde und sichere Existenz können tüchtige Herren erwerben durch Übernahme einer glänzenden Vertretung...

perfechte Köchin für herrschaftl. Landhaus, Nähe Karlsruh. Gehalt monatl. 150 Mk. Angebote mit Zeugnis...

Empfehlungen Rohrstühle werden dauerhaft gebohrt u. repariert auch mit echt indischem Holz...

Verloren u. gefunden Fremdbahn verloren. Gut Schöneb. ab. Zumb. berg nach der Gröbinger Straße...

Verkaufe Schlafzimmer-einrichtung bestehend aus Bett, Kommode, Nachtschrank...

Verfiktio. Plüschdivan, Tisch, Spiegel, Kommode, Kleiderkasten...

Rufen Sie bitte Telefon Nr. 2051 Ich suche Kleider aller Art, Wäsche, Schuhe usw. zu kaufen.

Karlsruher Rohproduktengeschäft. Schützenstraße 80 kauft sämtliche Rohprodukte...

Altmetalle: Kupfer, Rotguss, Messing, Zinn, Blei etc. kauft zum höchsten Tagespreis.

Kerzner, Alpern, Weikmann & Cie., Amalienstraße 37 - Telefon 3729 und 3730. frühere Dampfwaschanstalt Jaden.

Waren wird auf Wunsch abgeliefert. Nie wiederkehrende Gelegenheit bietet sich jetzt dem geehrten Publikum...

künstl. Zähne u. Gebisse (wenn auch zerbrochen) zu verkaufen. Zahl bis Mk. 50.- u. mehr

Nur Dienstag, den 3., u. Mittwoch, d. 4. August 1920 in Karlsruhe, Hotel National, Kriegstr. 90, Zimmer 32, v. 9-6 Uhr.

Max Scherr. Ihre dunklen Augen lagen angstvoll auf Ewald. Er sah es. Sanfte, weiche Stimmung wehte über ihn.

Wilenlos ging er neben Eva Bodmer her und erzählte ihr alles. Von der entscheidenden Stunde bei Bergmann bis zu diesem Tag.

Eva schauderte vor dem Abgrund, an dessen Rand sie Ewald taumeln sah. Sein Leid brannte in ihrer Seele. Mit glühenden Worten suchte sie ihn zu trösten.

Freundliches Kopfnicken, fort war er. Ewald wollte ihm nachrennen, ihm zurufen: Nehmen Sie mich mit! Zwingen Sie mich, bei Ihnen zu bleiben!

Kleiner Kinderliegend- u. Schwager od. Knecht-Portomagen zu Kauf, gef. Angebote unt. Nr. 1654 ins Tagblattbüro erbet.

Unterricht. Student erstellt Nachhilfestunden zu möglichem Honorar. In erfr. i. Tagblattbüro.

Del-Malerei. Radm. beim Abendfische. Ansch. unt. Nr. 1673 ins Tagblattbüro.

Max Pfefferle & Sohn Seefischgroßhandlg. Karlsruhe i. B. Kaiserallee 95 Fernspr. 3035 und 3712

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Behörden, Fabriken usw. Prompter Versand.

Waschbecken, Klosetts, Badewannen, Heizöfen. Emil Schmidt & Kons. Kaiserstraße 209.

Türen und Tore in Alt-Mannheim von Beringer und Singer Nr. 2 der Heimatflugblätter

„Vom Bodensee zum Main“ herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat 24 Seiten mit 26 Abbildungen

Die verhältnismäßig junge Stadt Mannheim hat im 18. Jahrhundert bekanntlich eine feltene Kunstgüte erlebt.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlags: C. F. Müllers Hofbuchhandlung m. b. H. Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Patentanwalt P. A. Ohnimus Karlsruhe, Leopoldstr. 44. Tel. 2052. Druckarbeiten

Jeder Art liefert in tadelloser Ausführung. C. F. Müllers Hofbuchhandlung m. b. H.

Mit Sehnsucht nach Hanne erwachte er gegen Mittag. Etwas fuhr er zur Stadt. Eva Bodmer hatte er vergessen.

„Lassen Sie es gut sein, Klaus. Sie sehen übrigens miserabel aus. Na, es wird schon wieder besser werden. Sonst - Sie wissen, wo ich wohne.“

Er verließ fortan kaum mehr sein Zimmer. Eine Klavieronate schrieb er. Drei Sätze waren vollendet. Er war mit der Arbeit zufrieden.

Er suchte und rang. Tief verzweifelt im Zimmer umher. Ward an sich irre. Die Nacht brachte einen Brief. Kläglich legte Ewald ihn beiseite.

Die Nacht brachte einen Brief. Kläglich legte Ewald ihn beiseite. Nach einer Weile, als sein Blick zufällig darauf fiel, öffnete er den Umschlag. Zwei Karten waren darin.

Statt besonderer Anzeige. Heute Abend entschlief nach schwerem Leiden im 64. Lebensjahr mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Schwiegervater und Großvater

Wilhelm Scholtz Hofzahnarzt. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Klara Scholtz, geb. Bulster. Karlsruhe, den 31. Juli 1920.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig. Geschw. Gutmann. Ecker Kaiser u. Waldstr.

Achtung! Durch Ankauf eines Postens billigen Leders bin ich in der Lage Sohlen und Fleck wie folgt zu machen:

Herren-Sohlen u. Fleck von 40-45 Mk. an Damen- " " " " 35-38 " Kinder- " " " " je nach Größe

Keine Wanzemehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel. Beste Zeit zur Brutverrichtung.

Kabarett-Kaffee Röderer Ecke Waldhorn- und Zähringerstraße wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

Träume. Roman von Hermann Weid. (14) (Nachdruck verboten.) Etwas Stimme hörte er wie von weitem. Ueber Nacht, über Nacht...

Träume. Roman von Hermann Weid. (14) (Nachdruck verboten.) Etwas Stimme hörte er wie von weitem. Ueber Nacht, über Nacht...

Träume. Roman von Hermann Weid. (14) (Nachdruck verboten.) Etwas Stimme hörte er wie von weitem. Ueber Nacht, über Nacht...

Träume. Roman von Hermann Weid. (14) (Nachdruck verboten.) Etwas Stimme hörte er wie von weitem. Ueber Nacht, über Nacht...